

Fraktion **SPD Bündnis 90/Die Grünen** des Rates der Stadt Friesoythe



Renate Geuter, Fraktionsvorsitzende · Nelkenstr. 28 · 26169 Friesoythe-Markhausen

Stadt Friesoythe
Herrn Bürgermeister
Sven Stratmann

26169 Friesoythe

14.07.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der Außer-Haus-Konsum beim Essen hat sich auch in der Stadt Friesoythe etabliert. Nicht nur coronabedingt nutzen immer mehr Menschen einen Abhol- und Lieferservice, für Gastronomie und Lebensmittelhandel ist dies ein wichtiger Wachstumsmarkt.

Als Kehrseite des To-Go-Verzehrs steigt der Berg an Einwegverpackungen, die nur minutenlang benutzt werden, stetig an. Mit der Novelle des Verpackungsgesetzes sind daher ab dem 01.01.2023 alle „Letztverteiler“ (wie Caterer, Lieferdienste und Gastronomiebetriebe etc.) verpflichtet worden, auch Mehrwegbehälter als Alternative zu Einwegbehältern für Essen und Getränke anzubieten (vgl. dazu auch Information der Bundesregierung: Mehrweg fürs Essen zum Mitnehmen – Fragen und Antworten zum Verpackungsgesetz). Lediglich Kleinstbetriebe mit weniger als 80 qm Fläche und max. 5 Mitarbeitern sind hiervon ausgenommen.

Alle Anbieter von Speisen und Getränken zum Mitnehmen sind spätestens zu diesem Zeitpunkt gehalten, Mehrwegkonzepte für ihr Angebot zu etablieren, auch wenn die neue gesetzliche Regelung möglicherweise noch nicht allen Betroffenen bekannt ist.

Die Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen möchte diese neue Gesetzeslage zum Anlass nehmen, alle betroffenen Betriebe (Gastronomie, Caterer, Lieferdienste usw.) über diese Sachlage zu informieren und sie dabei zu unterstützen und zu begleiten, ein gemeinsames nachhaltiges Mehrwegsystem im gesamten Stadtgebiet einzuführen.

Nach unserer Auffassung führt ein einheitliches Vorgehen nicht nur zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern auch zu einem größeren Einsparpotential in den derzeit durch die Coronapandemie stark beeinträchtigten gastronomischen Betrieben. So kann diese neue gesetzliche Regelung nicht mehr nur eine zusätzliche Bürde, sondern auch eine Chance sein, weil sie einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz, zur Kostenersparnis und zur Steigerung der Kundenbindung leistet.

Die Einführung eines einheitlichen Mehrwegsystems ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg in eine klimaneutrale Kommune, als Stadt Friesoythe würden wir hier gerne eine Vorreiterfunktion einnehmen.

Die Fraktion SPD/Bündnis 90/die Grünen schlägt daher vor:

-Die Stadt Friesoythe wird zeitnah mit den betroffenen Interessenverbänden (HGV, Dehoga) eine Informations- und Koordinationsveranstaltung initiieren, die nicht nur über die ab dem 01.01. 2023 geltende Regelung informiert, sondern auch nachhaltige bewährte Mehrwegsysteme vorstellt mit dem Ziel, bei den betroffenen Unternehmen für ein einheitliches Mehrwegmodell für Speisen und Getränke im gesamten Stadtgebiet zu werben und dies zu etablieren. Neben Restaurants und Imbissen sollen auch ganz explizit Unternehmen wie Tankstellenbetreiber, Bäckereien oder (mobile) Markthändler mit Verzehrwaren angesprochen werden, sich an diesem System zu beteiligen.

-Bei einer Einigung auf ein einheitliches Mehrwegsystem in Friesoythe wird sich auch die Stadt selbst in allen Bereichen, wo sie im Bereich Getränke- und Lebensmittelausgabe tätig ist, an diesem System beteiligen.

-Die Stadt Friesoythe unterstützt die örtlichen Betriebe mit Essensangeboten zum Mitnehmen auch im weiteren Verfahren zur Einführung eines einheitlichen Mehrwegsystems z.B. mit Informationen über Erfahrungen in anderen Kommunen und mit weiteren Angeboten zur Unterstützung, wie sie z.B. der Borschüre des Umweltbundesamtes „Müllvermeidung in Kommunen – Mehrwegsysteme für Speisen und Getränke zum Mitnehmen“ aufgezeigt werden.

Begründung:

Gerade für die Vielzahl kleiner Gastronomiebetriebe, Imbisse, Bäckereien und Tankstellenshops ist die frühzeitige Einführung eines Mehrwegsystems nicht nur aus ökologischen Gründen von Vorteil, weil Verpackungskosten beim Verkauf vermieden werden können und eine unmittelbare Müllreduzierung beim Käufer bewirkt wird.

In der gesetzlichen Regelung (Verpackungsgesetz) ist verankert, dass eine Mehrweggarantie nicht teurer sein darf als das gleiche Produkt in einer Einwegverpackung. Es ist daher nicht ausreichend, Mehrwegverpackungen nur zum Verkauf anzubieten. Aus diesem Grunde ist es aus unserer Sicht zu empfehlen, sich an ein bestehendes bewährtes Mehrweg-Pfandsystem (Aus- und Rückgabe bei allen

teilnehmenden Stellen) anzuschließen, das auch bundesweit etabliert ist. Nur wenn sichergestellt ist, dass das gezahlte Pfand überall problemlos und örtlich flexibel erstattet wird, kann eine breite Akzeptanz geschaffen werden.

Das Pfandsystem sollte ein angemessenes Sortiment aus verschiedenen Essens- und Getränkebehältern aus robustem, schadstofffreiem und spülmaschinenbeständigem Kunststoff enthalten und über ein einfaches und transparentes Gebührensystem verfügen, das ohne weitere technische Voraussetzungen für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist.

Auch die Einführung und Implementierung des Mehrwegsystems sollte vom Anbieter intensiv unterstützt und begleitet werden können.

Die betroffenen Firmen in Friesoythe sollten daher zeitnah Informationsangebote über vorhandene Mehrwegsysteme (wie z.B. Recup/Rebowl o.ä.) erhalten, und auch die Möglichkeit bekommen, sich in anderen Kommunen über Erfahrungen mit entsprechenden Systemen zu informieren.

Die Einführung eines einheitlichen Mehrwegsystems im gesamten Stadtgebiet von Friesoythe ist nicht ein positiver Beitrag zum Klimaschutz, sie trägt auch zur Attraktivierung des Stadtbildes bei (Sauberkeit), weil Einwegverpackungen deutlich reduziert werden und damit auch die Müllmenge im Stadtgebiet sinkt.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Geuter

Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzender

Eike Baran

stallv.